Die Gelegenheit ist günstig

ERICH BÖHME

Ich möchte nicht wiedervereinigt werden.

Mich drängt nichts in jenen Reichsverband zurück, über dessen Wiege das Schwert hing und dessen Segnungen in gut 40 halbwegs friedlichen, viertelwegs demokratischen Jahren vom größenwahnsinnigen Endgalopp in den Ersten Weltkrieg bei weitem überragt wurden. Wenig verbindet mich mit den einzig demokratischen, aber schnell vom Wurm des Selbstzweifels und der Not aufgefressenen 14 Jahren der Weimarer Republik.

Und was sollte mich mit den hysterischen zwölf Jahren des Diktators Gröfaz verbinden, dem perversen Reichszernichter und seinen braunen Horden? Mit den scheinheilig beschworenen Grenzen von '37, die doch nur den Start ins „Großdeutsche Reich" markierten und an der Ziellinie '45 endeten? Laßt uns diesen Unfug der „Wieder"-Vereinigung vergessen mit jenen Worten, mit denen sich Thomas Bernhard von Schein-Freunden trennte: „Nix is', bleed is', aus is'."

Nix is' mit der Reminiszenz an 1813 und die nationale Kopfgeburt der Deutschen, laßt die toten Steine des Völkerschlachtdenkmals in Ruhe verwittern, laßt uns den emotionalen Paulskirchen-Klimbim von 1848 vergessen, mit dem die demokratieunwillige Mehrheit der Deutschen ohnehin nichts anzufangen wußte – außer Gedichte aufsagen und Lieder singen.

Hitler, Stalin, Churchill, Roosevelt haben die alte Landkarte zusammengerollt und ins Feuer geworfen. Was soll sie uns heute, 44 Jahre später, noch nützen?

Sie gibt nur noch den Prospekt her für ein Schauergemälde, mit dem die national- und zentralstaatlich erzogenen Franzosen das Fürchten vor den deutschen Querelen lernen wollen; für den Vorwand der Engländer, sich vor einem konkreten Europa zu drücken; für die Amerikaner, die, des Kalten Krieges überdrüssig, ihre europäische Verantwortung leid sind; für Polen und Ungarn, denen vor der mit ihnen verbündeten DDR mehr graust als vor einem neuen Reich, das ihnen zumindest für harte D-Mark gut wäre.

Rheinisch-schlau hatte der alte Finkler Konrad Adenauer die Hürde seiner „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" aufgebaut, von der er wußte, daß sie zu seinen Lebzeiten nicht würde geschleift werden – es sei denn mit Gewalt. Wer also damals und wer heute von seiner „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" faselt, spielt entweder falsch, oder er spielt mit dem Feuer eines neuen „Anschlusses" unseligen Angedenkens.

Das alles sagt gar nicht, daß die zwei in 40 Jahren Nicht-Gemeinsamkeit auseinandergerückten, in fremde Militärblöcke gezwungenen, von gegensätzlichen Ideologien und Doktrinen, unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen und wahrlich unterschiedlichen Vorstellungen von Recht und Freiheit getrennten beiden Nationen sich nicht wieder einander annähern können. Schließlich spricht man die gleiche Sprache, hat gemeinsame Eltern und gemeinsame Enkel. Nur hat dies mit dem Reich und der phantastischen „Wieder"-Vereinigung nichts zu tun.

Ohne diese verdammte Vorsilbe hat es in den Jahren nach Willy Brandts Ostöffnung und der erfolgreichen Politik der kleinen Schritte schon eine große Welle der Annäherung gegeben, eine camouflierte Vereinigung.

Immer mehr DDR-Bürger im Renten- und Nicht-Rentenalter haben die Bundesrepublik besucht, sind geblieben oder haben sich ausbürgern lassen – sind schließlich zu Tausenden nach Westen geflohen. Immer mehr Westdeutsche sind in den deutschen Exotenstaat jenseits des Stacheldrahts zu Besuch gefahren, freilich ohne der zweifelhaften Verlockung zu erliegen, für immer dort zu bleiben.

DDR-Dramatiker waren in der Bundesrepublik erfolgreicher als zu Hause und als bundesdeutsche in der BRD. Dafür schaut eine ganze Nation (Ost) Abend für Abend ihr Westfernsehen.

Und, o Wunder, seit etwa drei Wochen schaltet eine scheinbar nur aufs Konsumfernsehen gleichgeschaltete Sehergemeinschaft (West) zur „Aktuellen Kamera" über, um sich die Sensation einer spontanen Freiheitsbewegung nicht entgehen zu lassen. Und weil die einen sowieso nach Westen und die anderen neuerdings auch nach Osten glotzen, wetteifert die einstige Fernsehdiktatur mit den Westmedien um Bürger-fragen-Popularität und liberale Spontankritik. Annäherung oder etwa nicht?

Der Strauß hat seine Milliarden nach Ost-Berlin geschleppt, die DDR profitiert per „Interzonenhandel" vom westdeutschen Wirtschaftsboom und von den Vorzügen eines gemeinsamen europäischen Marktes. Hier wäscht freilich eine Hand die andere, ohne daß diese sauberer geworden ist. Mit der trostlosen DDR-Planwirtschaft wird es halt nichts, Herr Egon Krenz.

Man schießt nicht mehr auf den Menschenwechsel von Ost nach West. Man versucht gar, Flüchtlinge von West nach Ost zurückzulocken mit dem Versprechen auf mehr Freiheit jenseits – was sicher so schnell noch nicht verfangen wird.

Aber der bundesdeutsche und der „demokratisch" deutsche Außenminister, Hans-Dietrich Genscher und Oskar Fischer, hocken einträchtig in der Uno beisammen, besuchen sich artig in ihren New Yorker Residenzen und verständigen sich gegebenenfalls über humanitäre Akte. Helmut Kohl und Egon Krenz telefonieren miteinander – auf deutsch. Und in Wien sitzen zwei deutsche Delegationen am Tisch der Abrüster und bereiten den Teilabzug der Amerikaner und der Russen und die eigene Entwaffnung gleichberechtigt mit vor. Ist das nun eine Annäherung, Vereinigung womöglich – oder etwa nicht?

Wie soll das weitergehen?

Wenn der Krenz den Mut hat, dann soll er das DDR-Fernsehen entschnitzlern, soll seine Zeitungen nicht zensieren, seine Leute demonstrieren und nach Westen reisen lassen. Wer dennoch nicht zurückkehren will, den kann er ohnedies schwerlich für sein verrottetes Wirtschaftssystem motivieren. Denen kann er nur Besserung versprechen, und sie können ihm glauben oder nicht. Sie können seine Werbekampagne bei Arbeitern, Intellektuellen und Evangelen honorieren oder auch nicht. Zurück kann er sowieso nicht mehr. Geht er aber den versprochenen Weg, auf den ihn Gorbatschow drängt und zu dem ihm Ungarn und Polen zuraten, dann haben die DDR und die deutsch-deutsche Annäherung ihre Chance.

Wirtschaftliche Reformen dort und ökonomisch sinnvolle Kredite hier nützen einem Zusammenwachsen beider Deutschland. Ein DDR-Arbeitskräftepotential, das dann frei wird, wenn Marktkräfte eine Rationalisierung der vergammelten Staatswirtschaft erzwingen, und ein Absatzmarkt von 17 Millionen Verbrauchern ist für den Kapita-

lismus (West) eher eine lohnende Herausforderung denn eine Last. Schneller als jeder einbetonierte Plankopf schaffen Tieflader, Volkswagen aus Wolfsburg, Container mit PCs von IBM in Sindelfingen und Schnellbahntrassen à la ICE einen Mehrwert, der beiden deutschen Staaten zugute käme.

Das alles hat mit „Wieder"-Vereinigung im Sinne der westdeutschen Berufsvertriebenen und nationalistischer oder sentimentaler Gesamt-Deutschland-Schwärmer nichts zu tun. Und wird auch nicht dadurch verdaulicher, daß der rechte Flügel der Union ihnen nach dem Maule schreit. 80 Prozent der Westdeutschen gierten nach Wiedervereinigung, sagen sie – aber sie verschweigen, daß man den Demoskopierten die realistischen Alternativen vorenthalten hat.

Niemand hat sie nämlich gleichzeitig gefragt, ob sie es denn nicht besser fänden, wenn die Westdeutschen bei der europäischen Stange blieben, die wirtschaftliche und politische Integration Europas vorantrieben, wie es sich nach den Verträgen gehört. Denn pacta sunt servanda auch nach Westen hin.

Niemand hat ihnen gesagt, daß, wer die EG-Integration ernsthaft betreibe, im europäischen Verbund um so stärker auf den Konnex zum anderen Teil Europas hinarbeiten könne. Wer sagt denn, daß ein zusammenwachsendes Deutschland – beneidet oder gefürchtet, hingenommen oder bekämpft – wichtiger sei als ein zusammenwachsendes Europa? Sind vereinigte Ost- und Westdeutsche wichtiger als vereinigte Ost- und Westeuropäer?

Wer beides will – und nur beides zusammen geht, bedingt einander –, braucht die Gunst der Stunde. Er braucht einen Egon Krenz, der seinem Volk tatsächlich Pässe und Visa zuteilt, das heißt: die Mauer abbauen will. Er braucht einen Gorbatschow, der sich zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten seiner eigenen Block-Kumpane verpflichtet, das heißt: den Warschauer Pakt auflöst – vorausgesetzt, George Bush ließe das gleiche zu. Und der braucht einen Wiener Kongreß, der sich zu einem Abbau der konventionellen Truppenstärken in Europa durchringt, das heißt: russische und amerikanische GIs aus dem Herzen Europas verbannt. Wer sich so, ideologiefrei und pragmatisch, einander nähert, dem werden selbst neidische Nachbarn oder hegemoniale Großmächte auf Dauer die freie Selbstbestimmung über ein nachbarliches oder gar konföderiertes Zusammenleben der beiden Deutschland nicht verwehren können.

Die Gelegenheit ist günstig . . .

le verordneten, „Dialog-Offensive" bei.

Als sich am vorletzten Samstag in Ost-Berlin Tausende zu einer Menschenkette formierten, eilte der dortige SED-Bezirkschef Günter Schabowski an die Dialog-Front und debattierte mit aufgeregten Passanten über Reise- und Gedankenfreiheit – vor laufender Kamera des DDR-Fernsehens und entgegen sonstiger Kleidergewohnheit mit proletarisch offenem Hemd. Tage später traf er sich mit zwei Mitbegründern des oppositionellen „Neuen Forums", dem Biologen Jens Reich und dem Physiker Sebastian Pflugbeil, zum „sachlichen Gespräch".

In Leipzig ließen die Stadtregenten am Montag nachmittag jede Viertelstunde über Lautsprecher auf allen öffentlichen Plätzen verkünden, just zur Demo-Zeit gebe es an mehr als 30 Orten allüberall in der Stadt – in Hörsälen und Jugendklubs, in Rathäusern und Gemeinderäumen – „vielfältige Möglichkeiten zum abendlichen Meinungsstreit" (*Neues Deutschland*).

Im Bezirk Dresden lud SED-Bezirkschef Modrow am vergangenen Donnerstag das Volk zu einer wahren Dialog-Orgie in mehr als 400 Säle und auf einer Festwiese der Stadt ein – die alte Tonnen-Ideologie des Walter Ulbricht ist in der Stunde der einheitssozialistischen Not wieder da; Dialog in Übererfüllung des Plansolls. Und sie kamen zuhauf: „Hunderttausende", so selbst die sonst so schüchterne DDR-Agentur ADN, begannen in Hallen und auf Plätzen den Dialog. Daß er spät – zu spät? – beginnt, zeigte das Pfeifkonzert der Zehntausende auf der Wiese, in dem Modrows Worte untergingen.

Parallel dazu brach letzte Woche über die verwirrten Ostdeutschen eine Sturzflut von Informationen herein. Rundfunk und Zeitungen bringen plötzlich echte Nachrichten statt inhaltsloser Informationsformeln, die noch vor zwei



Einheitssozialisten Krenz, Sindermann*
Ungewohnte Situation

* Nach der Krenz-Wahl zum Staatsratsvorsitzenden in der Volkskammer am 24. Oktober.



Gegenstimmen bei der Krenz-Wahl: Angstfreies Parlament